

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
15 / 2007

Politischer Bericht aus Brüssel

„Barroso und die deutsche Europapolitik“

15. Oktober 2007

Markus Russ
Leiter der Verbindungsstelle Brüssel



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: +89 1258-202 oder -204
Fax: +89 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Lobeshymnen über Deutschland im Allgemeinen und über die Arbeit der Bundeskanzlerin im Besonderen waren es bisher, mit denen der Chef der Brüsseler EU-Kommission Schlagzeilen in den deutschen Medien machte. Umso irritierter reagierte Berlin denn auch auf jüngste kritische Aussagen José Manuel Barrosos zur deutschen Europapolitik.

Kritik vom Kommissionschef ist die Bundesregierung nicht gewöhnt, normalerweise kann sich der Portugiese vor Deutschland-Euphorie kaum bremsen. Der konservative Politiker gilt als erklärter Vertrauensmann Angela Merckels und hatte die Kanzlerin noch im Juni für ihren Einsatz in Sachen EU-Reformvertrag überschwänglich gefeiert.

„Wir verstehen uns gut“, versicherte Barroso denn auch in einem kürzlich erschienenen Interview mit der belgischen Zeitung *De Standaard*. Mit Blick auf zwei von der Bundesregierung nicht unterstützte europäische Projekte allerdings warnte er Deutschland davor, nach dem Ende der in Brüssel als äußerst erfolgreich bewerteten EU-Ratspräsidentschaft im Engagement für die Europapolitik nachzulassen.

Sowohl bei der geplanten Liberalisierung des europäischen Energiemarkts als auch bei der Finanzierung des Satellitennavigations-Programms Galileo liegen sich Bundesregierung und EU-Kommission in den Haaren. Barroso zufolge sträubt sich Deutschland dagegen, EU-Gelder für das europäische Satellitennavigationssystem Galileo zur Verfügung zu stellen. Klare Kritik vom Kommissionschef auch am deutschen Widerstand gegen das geplante Zerschlagen der Energiekonzerne. Ihr Chef Sorge sich, dass der Schwung, für den Deutschland während der EU-Ratspräsidentschaft gesorgt habe, in diesen beiden Bereichen keine konkreten Ergebnisse bringe, erklärte eine Kommissionssprecherin auf Nachfrage der deutschen Presse.

Über den richtigen Weg zur Liberalisierung des Energiemarktes in der EU streiten sich Bundesregierung und Kommission schon länger. Die oberste Brüsseler Behörde will die Monopolmacht der Unternehmen brechen und hält dabei das Aufsplitten der Energieversorger in Stromerzeuger und Netzbetreiber für die beste Lösung, um den Markt für neue Anbieter zu öffnen und so die Energiepreise zu drücken.

Dass die Bundesregierung nun auch bei Galileo recht eindeutig die Interessen der deutschen Wirtschaft vertritt, nannte Barroso als weiteren Kritikpunkt der aktuellen deutschen Europapolitik. Die Kommission will die noch fehlenden 2,4 Milliarden Euro für das als Rivale zum US-amerikanischen GPS geplante Positionierungssystem allein aus dem Gemeinschaftshaushalt finanzieren will.

Deutschland jedoch sorgt sich, dass heimische Unternehmen bei der von der Kommission vorgeschlagenen Neuausschreibung des Projekts weniger Aufträge als geplant erhalten könnten. Da Deutschland die finanzielle Hauptlast tragen werde, sei eine angemessene Beteiligung deutscher Unternehmen beim Aufbau von Galileo eine Selbstverständlichkeit, hatte Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee zuletzt erklärt.

Das ursprüngliche Finanzierungsmodell gemeinsam mit der Industrie war gescheitert. Die Kommission will die noch fehlenden Milliarden vor allem aus

nicht genutzten EU-Töpfen für Landwirtschaft und Verwaltung holen. Die Bundesregierung hingegen plädiert für eine Finanzierung von Galileo auch durch die Europäische Weltraumorganisation (ESA).

Dass sich Brüssel und Berlin um den richtigen politischen Kurs streiten, ist im Verhältnis zwischen EU-Zentrale und Mitgliedsstaaten alltäglich. Worüber sich viele in Berlin jedoch aufregten, war Barrosos Klage, dass Deutschland auf dem Prinzip der Subsidiarität beharre und sich damit gegen die EU-Institutionen stelle. Die Vorschrift besagt, dass die EU nur dann neue Aufgaben in eigentlich nationalstaatlich geregelten Bereichen übernehmen darf, wenn die Mitgliedsländer die politischen Ziele alleine nicht zufrieden stellend erreichen können.

Barroso sagte, zwar habe auch er nichts gegen das Prinzip, die Politik möglichst nah am Bürger zu machen. Die deutsche Haltung bei der Liberalisierung des Energiemarkts und der Galileo-Finanzierung sei jedoch „gegen die europäischen Institutionen gerichtet“, wurde der Kommissionschef zitiert.

Dass sich Barroso als Kämpfer für das gesamteuropäische Interesse präsentieren will, passt zu seinem Ziel, Ende 2009 als Kommissionschef wieder gewählt zu werden. Mehr Wahlkampf in eigener Sache also, Basteln am Bild des Vorzeigeeuropäers. Vor allem im Europa-Parlament kommen solche Töne gut an. Alleine mit der Unterstützung des EU-Abgeordneten aber wird der Portugiese nicht gewinnen können, dazu braucht er den Segen aus Paris und aus Berlin.

Barroso gilt in allen politischen Lagern als Spitzenverhandler. Kritiker halten ihn für ein politisches Chamäleon. Er wolle es allen wichtigen Ländern stets Recht machen und verfolge daher keinen klaren politischen Kurs, so der Vorwurf. Beispiel dafür etwa Barrosos Einsatz beim Gesetz zum barrierefreien EU-Markt für Dienstleistungen, dicht gefolgt von dem Vorschlag einen Globalisierungsfonds einzurichten, der die sozialen Folgen von Firmenschließungen abfedern soll. Äußerst flexibel bis butterweich gerade bei den deutschen und französischen Interessen gebe sich der Kommissionschef auch in der Debatte um das künftige EU-Budget, heißt es jetzt in Brüssel.

Der damalige portugiesische Ministerpräsident war 2004 für den Posten des Kommissionschefs eigentlich nur zweite Wahl. Andere Angefragte - darunter auch Edmund Stoiber - wollten den Job nicht. Angela Merkel war es, die den Namen Barroso für den Brüsseler Top-Job ins Spiel brachte. So ist sein Draht zum Kanzleramt kurz.

Weitere deutliche Schelte für Deutschland wird es vom Kommissionschef daher wohl nicht geben. Seine Sprecher schwächten die Botschaft des jüngsten Interviews auf Nachfragen deutscher Journalisten denn auch ab, verwiesen auf Übersetzungsschwierigkeiten, lobten ausdrücklich die Erfolge der deutschen Ratspräsidentschaft und den positiven Kurs der Berliner Europapolitik.